

Zögerliche Schrittmacher

Zu: „Mindestlohn steigt schrittweise“, FR-Wirtschaft vom 29. Oktober

Der Mindestlohn wird ab Januar 2021 um 1,10 Euro erhöht und zwar in vier (!) zögerlichen Schrittmacher bis Mitte 2022. Und der erste Schritt hat es in sich, gibt's da doch gleich 15 Cent mehr. Das zweite Schrittmacher ist nicht mehr so groß, nur zehn Cent obendrauf. Dann 22 und schließlich 65 Cent. Da werden keine Sektkorken knallen.

Dax-Konzerne waren nicht so zögerlich. 2019 schütteten die schon 30 Milliarden Euro an Dividenden aus. Da knallten die Champagnerkorken.

Fritz Brehm, Frankfurt

Schon damals ein Mythos

Zu: „Der treue Fritz“, FR-Sport vom 31. Oktober

Ich bin in Frankfurt-Hausen aufgewachsen und habe in der Volksschulzeit, wann immer es ging, die Nachmittage mit dem Kicken auf der Mühlwiese verbracht. Jeder von uns Kindern wollte Rahn sein, aber diese Ehre hing vom Talent ab, und wenig Talentierte wie ich mussten den Namen Rahn meist schnell weitergeben. Die Torhüter aber waren immer Turek oder Herkenrath. Niemand von uns aber hätte gewagt, sich den Namen Fritz Walter zu geben – das war unvorstellbar. Selbst für die Besten unter uns schien der Mann unerreichbar. Ein Mythos schon damals. Andreas Ruppert, Paderborn

Sind wir die Dummsten?

Erwidern auf „Keine Natur, kein Essen“, FR-Forum vom 30. Oktober

Vielen Dank, Frau Reiners, für ihren Leserbrief. Dazu fällt mir ein, beziehungsweise habe ich die Frage: Gibt es noch ein weiteres Lebewesen auf der Erde, das sich selbst seine Lebensgrundlagen vernichtet, oder sind wir allein so dumm? Alfons Müller, Frankfurt

SORRY

In Gedichten kommt es häufig auf Feinheiten an. Es ist daher keine Kleinigkeit, dass wir im Interview „Die Lust am Gedicht ist immer da“ (31.10., S. 34) Hölderlin falsch zitiert haben: „Wo Gefahr ist/Wächst das Rettende auch“, schrieben wir. Richtig ist: „Wo aber Gefahr ist, wächst/Das Rettende auch.“ In unserem Artikel „Das Auftragsbuch ist voll“ (3.11., S.16) haben wir den Konzernumsatz von Siemens Healthineers mit 14,5 Millionen Euro angegeben. Das wäre kärglich. Es handelt sich um 14,5 Milliarden.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschriften auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201102. Übersicht: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert moderiert ein Gespräch zum Thema „Playing the long Game. Keir Starmer und die Labour Party ein Jahr nach der Niederlage“. Mit Florian Weis (Historiker). Eintritt frei. Anmeldung empfohlen. Die Veranstaltung kann online verfolgt werden. Zugangsdaten: conf.ccc-ffm.de/b/uli-c6z-62k Zugangscode: 405842
Donnerstag, 5. November, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „Trump oder Biden? Wer entscheidet – das Volk oder die Gerichte“ mit Greta Olson (Uni Gießen), Derek Bembry (Democrats Abroad), Michael Werz (Center for American Progress) und Bastian Hermisson (Böll-Stiftung). Melden Sie sich für den Livestream an mit Betreff „Trump oder Biden“ unter anmeldung@boell-hessen.de.
Donnerstag, 5. November, 19 Uhr

Gregor Haschnik moderiert eine Diskussion zum Thema Filterblasen: „Bubbles: Wie kommen wir rein, wie finden wir wieder raus?“ Im Rahmen der Digitalkonferenz „2020 verstehen – 2021 gestalten“ der „Menschen in Hanau“. Bitte anmelden bis 6. November. Info unter menschen-in-hanau.de/
Sonntag, 8. November, 14 Uhr

Nächstes Jahr gibt es keine Gastronomie mehr

Gastwirte und Hotels: „Ums Überleben fürchten“, FR-Politik vom 30. Oktober

Man hat es einfach auf uns zukommen lassen

Ich möchte Protest einlegen gegen die neuen Coronamaßnahmen. Ich verstehe, dass es schwierig ist, gegen Coronaleugner und Maskenverweigerer vorzugehen. Allerdings muss ich der Politik maßlose Fantasielosigkeit unterstellen. Nach Monaten neuer Erkenntnisse handelt man wieder genauso ignorant wie im März: mit Lockdown. Warum wissen wir nicht, wo sich die Leute infizieren, und gehen gezielt vor? Es ist kälter geworden, die Leute halten sich verstärkt zu Hause auf, um sich zu treffen und zu feiern. Es liegt auf der Hand, woher die steigende Zahl der Neuinfektionen kommt. Zudem war es absehbar, jedoch hat man es einfach auf uns zukommen lassen. Beschämend.

Die Gastronomie und die Kulturbetriebe haben beispiellos geopfert und investiert in Coronamaßnahmen, Plexiglas, Platz für Abstand, Luftfilter, Zelte, Außenheizer etc. Soweit ich sehen kann, kommen dort die Mehrinfektionen nicht her, und jetzt sollen diese Zweige bestraft werden. Wenn das so weitergeht, gibt es nächstes Jahr keine Gastronomie oder Kultur mehr. Ich habe Freunde, die Barbesitzer, Musical-Schauspieler und Musiker sind, und es ist herzzerreißend, ihnen bei der Verzweiflung im Angesicht der Zerstörung ihrer Existenz zuzusehen. Beschämend.

Wenn Sie den Leuten mehr und mehr Gelegenheit nehmen, Freizeit in der Öffentlichkeit zu gestalten, dort, wo AHA-Maß-

nahmen besser durchgesetzt und kontrolliert werden können und Datenerfassung zur Nachverfolgung stattfindet, dann verlagert sich alles in den privaten Raum. Durch die Unverletzlichkeit der Wohnung haben Sie weniger Kontrolle. Anstatt neuer Schließungen sollte man sich überlegen, wie man die Leute nach draußen holt, wo das Ansteckungsrisiko geringer ist. Beschämend.

Was wir brauchen sind Ideen für einen neuen Alltag, mehr Akzeptanz für AHA-Regeln, neue Produkte im Bereich Mund-Nasen-Schutz. Wir bekommen nun die Rechnung für mangelnde Investition in Bildung über Jahrzehnte: Ein zu großer Anteil der Bevölkerung ist nicht in der Lage, die Situation zu begreifen, und fällt in die Arme von QAnon und anderen Verschwörungstheorien, wird zu Corona-Leugnern. Es fehlt ein Verständnis dafür, wie Wissenschaft funktioniert, dass es keine einfachen Antworten gibt, zumindestens nicht sofort. Beschämend.

Die Exekutiven und die Legislativen haben den Zeitpunkt verschlafen, sich Gedanken über die kalte Jahreszeit und eine neue Welle zu machen. Beschämend. Samuel Pacheco, Frankfurt

Die Corona-Zeit fordert ein Umdenken

Die Opfer in der Corona-Krise hatten im Wesentlichen nur Kleinverdiener und selbständige Unternehmer zu erbringen. Wer jetzt sein Hotel, Restaurant oder seine Bar schließen muss, wird

vertröstet und im Regen stehen gelassen. Die versprochenen 75 Prozent reichen nicht für Gaststättenunternehmer, die ihren Betrieb auf Vordermann gebracht haben und nun schließen müssen. Von Bürgersolidarität die selbstverständlich sein müsste in einer Demokratie, haben die Regierenden nicht gesprochen, was an der Zeit wäre.

Politiker und hochgestellte Beamte müssten jetzt ihren Solidaritätszuschlag errichten: Das ist für Minister, Mitglieder des Bundestages und der Landtage, hohe Landespolitiker, hohe Beamte der Verwaltung und der Universitäten kein einschneidendes Opfer! Sie können leicht ihren Beitrag in der Höhe von fünf bis zehn Prozent erbringen und so zeigen, was gelebte Solidarität in Krisenzeiten ist. Eine obligatorische Pflicht, die uns als Bürger, als Citoyens ausweist.

Können wir die „kleinen“ Freiberufler, Künstler etc., die alle stets unter Risiko arbeiten, im Stich lassen? Nein. Demokratie ist ein forderndes, menschliches Unternehmen, das jetzt Solidarität von uns einfordert. Die Corona-Zeit verlangt von uns Gutverdienern, die kein berufliches Risiko kennen und bisher keine Einbußen erlitten haben, ein Umdenken. Deutschland muss sich endlich von der Bequemlichkeit seiner eingefahrenen Altroutine verabschieden. Sonst könnte der Monat Dezember in einer Katastrophe enden. Der Soli wäre eine Chance, eine Lösung für alle. Hermann Hofer, Marburg

Diskussion: frblog.de/wellenbrecher

Stromverbrauch muss seinen Preis haben

Zu: „Strom wird immer teurer“, FR-Wirtschaft vom 23. Oktober

Arg selektiv wahrgenommen

Seit Monaten wirbt die FR auf ihren Wirtschaftsseiten kräftig für einen niedrigeren Strompreis, vorzugsweise unter Berufung auf die Forderungen der „Agora Energiewende“. Zweifelslos ist richtig, dass die Preise der verfügbaren Energieträger Schritt für Schritt an die damit verbundenen Umweltfolgen angepasst werden müssen. Das bedeutet in der Folge, dass sich das Preisverhältnis zugunsten des Stroms und zuungunsten anderer, derzeit vorwiegend (!) fossil gewonnener Energieträger ändern muss.

Dass angeblich Klimaschützer fordern, Strom deutlich billiger zu machen, erscheint mir jedoch arg selektiv wahrgenommen. Solange unser Strombedarf – geschweige denn unser Primärenergiebedarf – noch auf Jahrzehnte nicht aus regenerativen Quellen gedeckt ist, lautet aus Sicht des Klimaschutzes das oberste Gebot nach wie vor und ganz eindeutig: Energiesparen. Ein spürbarer Strompreis ist dabei auch in Zukunft ein wichtiges Signal, dass etwa der Stadt-Geländewagen auch in Elektrovariante nie und nim-

mer umweltfreundlich ist oder dass der alte große Kühlschranksinnvollsten durch einen kleinen sparsamen zu ersetzen ist.

Gewiss sind Energiepreise immer auch eine soziale Frage, die auch nicht in wenigen Sätzen zufriedenstellend zu lösen ist. Hier gilt aber zumindest erstens zu bedenken, dass sich die erwiesenermaßen größten privaten Einsparpotenziale (und damit Einsparnotwendigkeiten) bei den Haushalten mit den höchsten Einkommen finden. Zweitens wäre der direkteste Ansatz zur Linderung sozialer Problemlagen noch immer auf der Einkommenseite zu suchen.

Thomas Friedrichsmeier, Bochum

Dezentrale Versorgung bedarf weniger Leitungen

Nächstes Jahr steigen die Stromnetzegebühren auf ein Rekordniveau. Über die Ursache schweigt sich der Artikel aus. Diese liegt im großen Netzbedarf der zentralen Stromversorgung. Eine dezentrale erneuerbare Stromversorgung bedarf weniger Leitungen, ist schneller zu installieren und ist preisgünstiger. Doch leider erweist sich die Poli-

tik gegenüber den Energiekonzernen als zu schwach, um eine dezentrale erneuerbare Stromversorgung durchzusetzen.

Artur Borst, Tübingen

Solche Werbung würden sich Firmen wünschen

Auch die ansonsten kritische Frankfurter Rundschau gehört zu den Medien, welches die Mitteilungen des sogenannten „Vergleichsportals“ Verivox immer wieder dankbar aufgreift – im vorliegenden Fall in einem ganzseitigen Artikel, in dem der Name des Unternehmens fünf Mal genannt wird. Solch kostenlose Werbung würden sich andere Firmen wünschen! Der Zweck des privatwirtschaftlichen Unternehmens besteht in der Vermittlung von (Strom-) Verträgen. Ich bin einmal den Empfehlungen von Verivox gefolgt und an einen Stromanbieter geraten, der bald darauf pleiteging. Da deutlich wurde, dass es sich um ein windiges Unternehmen handelte, habe ich zum Glück noch rechtzeitig vorher gekündigt. Seitdem gehöre ich, dank Verivox, zu dem Personenkreis, „der beim Wechsel des Stromanbieters eher vorsichtig“ ist.

Elmar Pfannerstill, Erfurt